

# Die bevorstehenden landesweiten Straßenblockaden als bisher schwerste Belastungsprobe für Macron

Die finanziell bedrohten Teile der französischen Mittelschichten in Speckgürteln, abgehängten Kleinstädten und Dörfern rebellieren gegen Öko-Abgaben auf Treibstoff. Die spontan entstandene Bewegung wird von der rechten und konservativen Opposition massiv begrüßt. Die Sozialisten und die Bewegung des Linkstribuns Melenchon haben die Proteste, allerdings in moderaterer Form, ebenfalls gutgeheißen. In der Linksopposition gibt es aber auch Stimmen, die diese, Anti-Steuer-Bewegung gemeinsam mit den Rechten nicht unterstützen.

AUS PARIS  
**DANNY LEDER**

Präsident Emmanuel Macron steht vor seiner bisher schwersten Belastungsprobe. Frankreich droht ab heute, Samstag, der Beginn einer landesweiten Blockade der Autobahnen, Verkehrsknotenpunkte, Straßentunnel, Treibstoffdepots, Tankstellen, Einkaufszentren, Flughafen-Zufahrten. Aufgebrachte PKW- und LKW-Fahrer, die sich 'Gilets jaunes' nennen (gemeint sind gelbe Warnschutz-Überzieher), wollen die Gebühren für Treibstoff zu Fall bringen.

Die auf Facebook entstandene spontane Unmuts-Bewegung ist so ausufernd und schwammig, dass niemand voraussagen kann, ob sie das Land nachhaltig ins Chaos stürzen oder schnell wieder verpuffen wird. Aber für die Staatsführung um Präsident Emmanuel Macron ist schon die unglaubliche Resonanz dieser Proteste ein wahr gewordener Albtraum. Nicht nur wegen der Millionen Unterstützer im Web sondern weil hier jenes Zerrbild verfestigt wird, gegen das sich Macron neuerdings verstärkt zur Wehr setzt: also sinngemäß, er sei 'sein Präsident der Reichen, der Großstädter, der Globalisierungsgewinner', der auf die Bewohner der Speckgürtel, der darbenenden Kleinstädte und des (teilweise) abgehängten ländlichen Raums nur 'verächtlich' herabblicken würde.

Tatsächlich hat die Erhöhung der Treibstoff- und Heizölpreise – seit Jahresbeginn bei Diesel um 23 und bei Benzin um 15 Prozent – jene Menschen empfindlich getroffen, die in Gebieten leben und arbeiten, in denen kaum bis keine öffentlichen Transporte zur Verfügung stehen, weil es sie nie gab oder sie zuletzt weggespart wurde. Und wo auch die übrigen Alternativen zum Individualverkehr, also etwa Gemeinschaftsfahrten zum Arbeitsplatz, zur Ausbildungsstätte, zu Kunden, zum Supermarkt oder zum Arzt kaum praktikabel erscheinen. 'Ich muss jetzt pro Monat 200 Euro für Benzin hinlegen, dabei verdiene ich nur 1300 Euro', klagt eine Verkäuferin in der Normandie, die täglich von ihrem Einfamilienhaus eine Stunde ins Geschäft per PKW pendelt.

Experten haben errechnet, dass der Treibstoffpreis in der Provinz bis zu einem Drittel des Verdiensts der einkommensschwächeren Haushalte schluckt – also ähnlich viel wie die extrem gestiegenen Wohnungskosten in den gefragteren städtischen Gebieten, denen viele Speckgürtel-Bewohner durch Umzug entfliehen wollten.

Die Regierung hält dagegen, dass nur 20 Prozent des Treibstoffpreises auf Abgaben entfallen, und dass diese nötig seien um einen Umstieg auf sauberere Verkehrsmittel herbeizuführen. Dabei handelt es sich um eine CO2-Steuer und die schon von vorherigen Regierungen eingeleitete Angleichung der Besteuerung des Diesels an Superbenzin. Aber auch ein Teil der ökologisch engagierten Öffentlichkeit wirft der Regierung vor, sie würde diese Lasten vorwiegend den ärmeren Schichten aufbürden, dabei Öl- und Auto-Konzerne schonen, und auch nicht genügend Alternativen bieten. Außerdem würden die Abgaben zum Großteil der Budget-Sanierung und nur zu einem geringen Teil der Ökologie dienen.

Worauf wiederum die Regierung antwortet, dass sie ein generelles Umsatteln der Steuern anstrebt: eine zunehmende Besteuerung ökologisch schädlicher Produkte und dafür den zunehmenden Abbau der Abgaben, die auf Arbeitseinkommen lasten.

Macron, der sich noch kürzlich über die šrenitenten Gallierō lustig gemacht hatte, gab sich jetzt selbstkritisch: šWir haben unseren Mitbürgern nicht genug Achtung entgegen gebrachtō. Die Regierung hat noch schnell eine Reihe von Begleit-Maßnahmen angekündigt: darunter höhere staatliche Prämien beim Umstieg von älteren auf neue und saubere Autos (auch im Fall eines Ankaufs eines Gebrauchtwagens), höhere steuerliche Vergütung von Treibstoff-Ausgaben für Pendelverkehr der Niedrigverdiener (aber nur bei Benützung von PKWs mit geringer PS-Zahl), erhöhte Zuwendung für Heizkosten, Förderung des Ausstiegs aus Ölheizungen, Verringerung des Preises für den Führerschein.

Bisher wurden aber alle diese Besänftigungsversuche der Regierung von den šGilets jaunesō verworfen: diese Maßnahmen wären šunangebrachtō (der Kauf eines neuen Wagens bleibt trotz Förderung für viele unerschwinglich), die Bedingungen šzu kompliziertō.

Vor allem aber speist sich der Zorn aus vielen unterschiedlichen Faktoren: den Steuern (auch solchen, die nicht den Treibstoff betreffen), dem Wiederanspringen der Inflation, der Beschränkung der Höchstgeschwindigkeit auf Landstraßen auf 80 Stundenkilometer ó was im ländlichen Raum vielfach als Schröpfung seitens der Mächtigen in Paris interpretiert wird. Umso schwerer fällt der Regierung die Antwort auf die Proteste.

Die šGilets jaunesō haben sich bisher gegen jede politische Vereinnahmung ausgesprochen, einzelne ihrer Initiatoren stammen aber aus vormals rechten Aktivistenkreisen. Unterstützt werden die Proteste durch praktisch alle Oppositionsparteien mit Ausnahme der Grünen. Aber das rechte šRassemblement Nationalō von Marine Le Pen, die nationalkonservative Bewegung des EU-Gegners Nicolas Dupont-Aignan und die bürgerlichen šLes Republicainsō haben seit Wochen mit Flugblättern für die Proteste massiv geworben. Während die Sozialistische Partei und die Bewegung des Linkstribuns Jean-Luc Melenchon die šGilets jaunesō in viel moderaterer Form gutheißen, wobei aber Teile dieser Linkskräfte die bevorstehenden Blockaden nicht unterstützen.